

25 Jahre Künstlersozialversicherung

Seit 1983 gibt es die Künstlersozialversicherung. Sie bietet selbstständigen Journalisten und Künstlern soziale Sicherheit zu bezahlbaren Beiträgen. Spottete man Anfangs selbst in der Branche noch über die „Künstler mit Rentenansprüchen“, zählt die Künstlersozialversicherung inzwischen über 157.000 Mitglieder.

Besonderer Schutz für eine besondere Berufsgruppe

Wer selbstständig ist, muss in der Regel privat für Krankheit und Alter vorsorgen. Viele selbstständige Journalisten und Künstler sind dazu jedoch kaum in der Lage. Im Jahr 2007 betrug das durchschnittliche Einkommen der Künstler weniger als 1.000 Euro pro Monat. Bei Krankheit oder im Alter war früher damit der Weg in die Sozialhilfe vorgezeichnet.

Die Künstlersozialversicherung ist eine Pflichtversicherung. Sie bezieht selbstständige Künstler und Publizisten in den Schutz der gesetzlichen Renten-, Kranken- und seit 1995 auch in die Pflegeversicherung ein. Wer von freier Kunst oder selbstständigem Journalismus dauerhaft lebt und ein Mindesteinkommen von 3.900 Euro pro Jahr erwirtschaftet, wird Mitglied bei der Künstlersozialkasse (KSK).

Die Künstlersozialversicherung wird solidarisch finanziert: Als einzige Gruppe der Selbstständigen zahlen die Versicherten – wie Arbeitnehmer – nur den halben Beitrag. Die andere Hälfte

teilen sich der Bund (20 Prozent) und Betriebe wie Verlage, Galerien, Fernsehsender und Werbeagenturen (30 Prozent). Diese Betriebe werden „Verwerter“ genannt, weil sie die Leistungen und Werke von Künstlern und Publizisten vermarkten und weiterverwerten. Deshalb werden sie über die Künstlersozialabgabe an dem sozialen Schutz der Selbstständigen beteiligt.

Meinungen

Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände:

„Die Privilegierung selbstständiger Künstler und Publizisten gegenüber sonstigen Selbstständigen in der Sozialversicherung sollte abgeschafft werden.“

(BDA kompakt, Dezember 2007, www.bda-online.de)

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz: „(Kunst- und Meinungsfreiheit) sind konstitutiv für unseren demokratischen Staat. Wer Freiheit will, der muss den kreativen Urhebern von Kunst und Publizistik durch den Zugang zu sozialer Sicherung auch ein Stück Unabhängigkeit schaffen.“

(Rede vom 6. Mai 2008, www.bmas.de)

Gewerkschaft Verdi: „Die Künstlersozialkasse ist ein Zukunftsmodell auch für andere Branchen über Kunst und Publizistik hinaus.“

(www.verdi.de, 16. Januar 2008)

1976

Die sozialliberale Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt setzt sich zum Ziel, die soziale Lage der selbstständigen Künstler und Publizisten zu verbessern.

1981

Die Idee einer besonderen Sozialversicherung ist umstritten: Was ist Kunst? Welche Berufe sind „schützenswert“? Wie soll die Versicherung finanziert werden? Am 27. Juli 1981 wurde schließlich der dritte Entwurf des Künstlersozialversicherungsgesetzes vom Bundestag verabschiedet. Im Bundesrat fand die Initiative keine Mehrheit.

1983

Das Künstlersozialversicherungsgesetz tritt in Kraft

1984

Nach einem Jahr hat die KSK 12000 Mitglieder, die Politiker rechnen langfristig mit maximal 40000 Versicherten.

1987

Das Bundesverfassungsgericht entscheidet über die Klage der Verwerter: Die Künstlersozialversicherung ist mit dem Grundgesetz vereinbar.

2007

Das Gesetz wurde mehrmals novelliert, zuletzt 2007. Um die mit den Mitgliederzahlen steigenden Kosten gerechter zu verteilen, wird künftig häufiger und genauer geprüft, ob Betriebe die Künstlersozialabgabe und Versicherte die Beiträge in angemessener Höhe zahlen.

2008

Vor 25 Jahren für eine kleine Gruppe Freischaffender gedacht, hat sich die Künstlersozialversicherung – einzigartig in Europa – zur Versicherung für einen ganzen Berufsweig entwickelt.

Arbeitsaufträge

1. Diskutieren Sie in der Klasse: Was spricht für bzw. gegen die Künstlersozialversicherung?
2. Vorbereitung: Notieren Sie in Partnerarbeit Ihre Argumente. Bestimmen Sie einen Moderator und Vertreter der Interessengruppen: Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Bundesarbeitsministerium.
3. Diskussion: Nach einem Plädoyer der Interessensvertreter und einer Fragerunde findet eine Abstimmung in der Klasse statt.